

# Brauer-Beitrag.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: R. Wiehle, Linden-Hannover.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin NO., Mendelssohnstr. 13 (Quergebäude), I. — Vorsitzender der Rechtschutzkommission: Fr. Schutt, Frankfurt a. M., Dammstr. 4, part. — Sammtliche Briefe, sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Hannover, Falkenstr. 29, II. — Postzeitungsliste Nr. 1187.

N<sup>o</sup> 20.

Hannover, den 15. Mai 1897.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Sammelt eifrig für den Streiffonds!

### Zur Vereinheitlichung der Arbeiter-Versicherung.

III.

Die von der Reichsregierung an Stelle der Reorganisation der gesamten Arbeiterversicherung vorgelegten Novellen der Einzelversicherungen betreffen die Unfall- und die Invaliditäts- und Altersversicherung und bieten, wie bereits bemerkt, neben manchen annehmbaren Fortschritten verschiedene Verschlechterungen, gegen welche die Arbeiter mit der größten Entschiedenheit anzukämpfen haben. Die wichtigsten Neuerungen seien nachstehend hervorgehoben.

Die Unfallnovelle hebt zunächst das sogen. Ausdehnungsgesetz von 1885 auf und arbeitet dasselbe in das Unfallversicherungsgesetz vom Jahre 1884 hinein. Neben dieser rein redaktionellen Aenderung enthält sie aber auch organisatorische und sachliche Aenderungen; in ersterer Beziehung steht die Uebertragung der Invaliditätsversicherung für die Seeleute an die Seeverberufsgenossenschaft mit der gleichzeitigen Befugniß derselben, eine Wittwen- und Waisenversicherung einzuführen und dafür obligatorische Beiträge zu erheben. In sachlicher Hinsicht bezweckt die Novelle eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf eine Reihe von Betrieben und Gewerben, die indeß den hier geltend gemachten Forderungen nur zum Theil entgegenkommen.

So sollen z. B. gemischte Gewerbebetriebe, die sich auch nur theilweise mit Bauarbeiten befassen, in ihrem ganzen Umfange der Unfallversicherung unterstellt werden, so daß der verwirrende Zustand, wonach einige Arbeiter eines Betriebes versichert, die andern aber nicht versichert und die Einen heute versichert, morgen aber nicht versichert sind, aufhört. Derselbe Unterschied zwischen versicherungspflichtigen und nichtversicherungspflichtigen Arbeiten soll auch in anderen Berufen (Schlachtereien, Apotheken u.) wegfallen, soweit die betr. Personen abwechselnd mit beiderlei Arbeiten beschäftigt sind.

Ferner soll die Unfallversicherung auf alle Lager- und Fuhrwerksbetriebe im Handelsgewerbe und auf die Seeschifffahrt und Seefischerei mit Segelfahrzeugen bis zu 50 Kubikmeter Rauminhalt ausgedehnt werden. Unterblieben ist dagegen ihre Ausdehnung auf die Strafgefangenen in den Anstaltswerkstätten, auf das Handwerk und Kleingewerbe und besonders auf die Hausindustrie.

Wichtiger als diese Ausdehnung der Versicherungspflicht sind eine Anzahl anderer Aenderungen; so soll die 13wöchige Unfallkarenz, welche gegenwärtig die Krankenkassen belastet, theilweise aufgehoben werden, wenn nämlich die Leistungen der Krankenkassen wegen Beendigung des Heilverfahrens früher aufhören, ohne daß der Verletzte seine volle Erwerbsfähigkeit wieder erlangt hat. Bei tödtlichen Unfällen früher Verletzte, die bereits theilweise Rente bezogen, soll den Hinterbliebenen die ältere Unfallrente auf den letzten Jahresverdienst des Getödteten angerechnet werden, und als entschädigungsberechtigte Hinterbliebene sollen auch die elternlosen Entel des Getödteten gelten.

Den schärfsten Widerspruch fordert aber der Vorschlag heraus, das Reichsversicherungsamt aus einer Berufs- zu einer bloßen Revisionsinstanz zu machen und nur mit 5 statt 7 Mitgliedern zu besetzen. Darnach wäre die erneute Prüfung der Thatsachen seiner Kompetenz entzogen und dasselbe nur auf die Prüfung prozessualer Formbeschwerden beschränkt worden, wodurch den Verletzten jede Möglichkeit, entgegen dem Urtheil des Schiedsgerichts eine Rente zu erlangen, nahezu abgeschnitten würde.

Die bisherige Kommissionsberathung hat mehrere Verbesserungen sowohl der Novelle, als auch des bestehenden Gesetzes zuwege gebracht; aber auch Verbesserungen sind aus dem Drängen der arbeitserfindlichen Kommissionsmehrheit nach Einschränkung der Arbeiterrechte entstanden, die in der weiteren Plenarberathung auf harte Kämpfe stoßen werden. In der ersten Plenarsitzung wurde zunächst eine Resolution beschloffen, die die Regierung beauftragt, die Unfallversicherung auch

auf die Strafgefangenen auszudehnen. Nur der unklare Antisemit Vielhaben wagte es, dieser längst als berechtigt anerkannten Forderung zu widersprechen; er bezeichnete es als unerhört, dem Verbrecher dieselben „Wohlthaten“ wie dem freien Arbeiter zu erweisen. Der reaktionseifrige Herr mußte aber die Blamage erleben, selbst vom Regierungstische aus desavouirt zu werden.

Genosse Grillenberger übte besonders an der Unternehmerorganisation der Unfallversicherung Kritik und stellte eine Reihe von Arbeiterforderungen in Bezug auf die Leistungen und die Rechte der Arbeiter auf, so die Gewährung einer dem vollen Jahresverdienst entsprechenden Rente für Erwerbsunfähige, die völlige Entlastung der Krankenkassen, die Gewährung einer Minimalrente für verunglückte Lehrlinge, die Einbeziehung der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Hausindustriellen in die Unfallversicherung u. s. w.

In der Kommissionsberathung wurde die Karenz, während welcher die Krankenkassen für Verletzte einzutreten haben, von 13 auf 4 Wochen herabgesetzt, wodurch eine wichtige Arbeiterforderung nahezu erfüllt ist. Die Einbeziehung der Handwerker, Hausindustriellen und Diensthoten stieß auf starken Widerstand bei der Regierung, deren Vertreter Dr. Woedke bei Annahme eines diesbezüglichen Beschlusses das Scheitern der ganzen Novelle in Aussicht stellte. Daraufhin wurde eine solche Ausdehnung von der Mehrheit abgelehnt, angenommen aber die spezielle Einbeziehung der kleingewerblichen Brauereibetriebe in die Unfallversicherungspflicht. Das wird natürlich nicht hindern, daß diese Anträge immer von Neuem wiederholt und begründet werden, bis die Regierung nicht umhin kann, ihnen Rechnung zu tragen. Durch die Einbeziehung der gewerblichen Kleinbrauereien ist eine langjährige Streitfrage aus der Welt geschafft. Abgelehnt wurden die Anträge auf Erhöhung der Vollrente auf 100 oder 75 % des Arbeitsverdienstes, sowie auf die volle Anrechnung des 4 Mark übersteigenden Tagesverdienstes; für die verunglückten Jugendlichen wurde eine Verschlechterung beschloffen, wonach anstatt des ortsüblichen Tagelohnes c. wachsender Arbeiter nur derjenige Jugendlicher bei der Rentensatzfestlegung zu Grunde gelegt wird. Abgelehnt wurden weiter die Anträge auf Rentenberechtigung der unehelichen Kinder und geschiedenen Ehefrauen, sowie diejenigen der Erhöhung der Wittwenrente von 20 auf 30 %. Auch die Zuziehung wenigstens eines Arbeitervertreters bei der Rentensatzfestlegung fand keine Gnade; dagegen soll nach einem Kommissionsbeschlusse dem Verletzten von dem Wortlaute der ihn betreffenden ärztlichen Gutachten und Feststellungsbescheide Kenntniß gegeben werden. Der Verschlechterungsantrag der Regierung, das Reichsversicherungsamt zur bloßen Revisionsinstanz zu machen, wurde zum Glück einstimmig abgelehnt; ebensowenig fand ein anderer Regierungsantrag, die Spruchammern bloß mit 5 Richtern zu besetzen, Annahme, und auch eine weitere Verböserung, die dem Beteiligten die Rekurskosten auferlegen wollte, welche durch unbegründete Anträge veranlaßt seien, fiel gleichfalls in der Abstimmung durch.

Das sind die hauptsächlichsten Kommissionsbeschlüsse zur Unfallversicherungsnovelle. Ob die Novelle in der gegenwärtigen Reichstagsession glücklich zu Ende geführt werden kann oder durch andere Gesetzesvorlagen (Invaliden- u. s. w.) in den Hintergrund gedrängt wird, bleibt abzuwarten. Da die Kommissionsberathung immerhin einige schätzbare Verbesserungen zu Stande brachte, so wäre ihre Erledigung in jetziger Session nur zu wünschen. Daß die Regierungen die Novelle wegen der beschlossenen Entlastung der Krankenkassen scheitern ließe, vermögen wir nicht zu glauben. Das kann indeß kein Grund sein, auf die energische Geltendmachung der weiteren Arbeiterforderungen im Plenum zu verzichten.

Ganz besonders wichtig ist es für die Arbeiter, zu allen die Unfallversicherung und die Praxis der Berufsvereinigungen betreffenden Fragen öffentlich Stellung zu nehmen und die Reichstagsfraktion durch Uebermittlung alles irgendwie bemerkenswerthen Materials,

das zur Beleuchtung der hervorgetretenen Mißstände geeignet ist, zu unterstützen.

### Etwas über Unfälle und Unfall-Versicherung.

Am 14. April fand in Nürnberg die Jahresversammlung der Sektion V der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, die die Kreise Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz umfaßt, statt. Aus dem vorgelegten Geschäftsbericht ist Folgendes zu entnehmen: „Am Schlusse des abgelaufenen Jahres umfaßte die Sektion 655 Brauereien, 89 Mälzereien, 2 Bierniederlagen und 3 sonstige Betriebe mit zusammen 8255 versicherungspflichtigen Personen. Die anrechnungspflichtigen Löhne betragen 6 351 698 Mark. Gegen das vorhergegangene Jahr hat sich die Zahl der Betriebe um 12 vermehrt. Die Zahl der angemeldeten Unfälle war 427, wovon 9 tödtlich verliefen. Entschädigt wurden 94, abgewiesen 41 Fälle. Die Veranlassung der Todesfälle war: Sturz in den Aufzugschacht, Fingerverletzung mit Blutvergiftung, Ersticktwerden durch den Darrwender, Sturz von der Stiege, Sprung in den Bottich, Erdrückung durch ein Lagerfaß, ferner Erstickung, Verbrennung und der Fuhrwerksbetrieb. Die letzteren Fälle konnten, weil nicht entschädigungspflichtig, abgelehnt werden. Die entschädigten Unfälle vertheilen sich auf 15 Unfälle bei Maschinen und Aufzügen, 10 bei Kellerarbeiten, 21 beim Fuhrwerk, 22 durch Fall, Stoß, Geben und Ausgleiten, 1 durch Verbrühung und 16 durch sonstige Veranlassung. Die Zahl der Renteneempfänger der Sektion war 490; dieselben erhielten zusammen 129 277 Mk. Feststellungsbescheide über neue, veränderte oder aufgehobene Renten wurden 286 erlassen. In 68 Fällen erfolgte Berufung an das Schiedsgericht, 53 Entscheidungen fielen zu Gunsten der Berufsgenossenschaft aus.“

Wenn wir uns diese hier angeführten Zahlen etwas näher betrachten, so geben uns schon die „anrechnungspflichtigen Löhne“ ein Bild, unter welchen Verhältnissen die Brauereiarbeiter der Sektion V der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft leben. Für 8255 Personen wurden an Löhnen 6 351 698 Mk. ausbezahlt. Das würde einem Durchschnittslohn von jährlich 769,44 Mk. gleichkommen. Da aber unter diesen 8255 Personen Vorderburschen und auch solche sind, die ein Einkommen bis zu 2000 Mk. haben, und der Minimallohn in den Städten Nürnberg, Fürth und Regensburg 1040 Mk. beträgt, so verdient die Mehrzahl der in genannter Sektion beschäftigten Arbeiter heute jährlich noch keine 600 Mark. Und da noch jetzt in den meisten hier in Betracht kommenden Betrieben nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren 12 bis 14 Stunden und darüber gearbeitet wird, so glauben wir, bezüglich der Bezahlung kein weiteres Wort verlieren zu brauchen. Bemerkenswert ist nur noch, daß wir es hier nur mit sogenannten Fabrikbetrieben, also mit Großbrauereien zu thun haben, da die handwerksmäßigen Betriebe bis heute noch nicht versicherungspflichtig sind. Wie mag es erst dort aussehen?

Aber auch die Zahl der Unfälle ist eine erschreckend große. Auf 19 Arbeiter trifft bereits ein Unfall, 427 auf 8255 Arbeiter. Unter diesen 427 Unfällen nahmen 9 einen tödtlichen Ausgang. Nun ist es aber in mehr als einer Beziehung lehrreich, was der Bericht über die drei zuletzt angeführten Todesursachen: Erstickung, Verbrennung und Fuhrwerksbetrieb, anführt: „Diese Fälle konnten, weil nicht entschädigungspflichtig, abgelehnt werden.“ Aus dieser Motivierung der Ablehnung geht so recht hervor, was ein Menschenleben für das Unternehmertum für Werth hat. Kein Wort des Bedauerns für die armen, auf dem Schlachtfeld der Arbeit gebliebenen Opfer, kein Wort für die Hinterbliebenen dieser selben Opfer, sondern nur Genugthuung darüber, daß diese Fälle nicht versicherungspflichtig waren und abgelehnt werden konnten. Mag es den Hinterbliebenen, mag es nach Umständen Frau und

Kindern gehen wie es will, was kummert das unser heutiges „humanes“ Unternehmertum!

Auch sonst zeigte sich die Sektion V sehr „abweisungslustig“, denn, obwohl von den 427 angemeldeten Unfällen nur in 135 Fällen Anspruch auf Rente erhoben worden war, wurden doch auch hier 41 Fälle abgewiesen, so daß nur in 94 Fällen eine Entschädigung bewilligt wurde. Und auch diese Entschädigungen entsprechen ganz dem Geist, der in den Berufsgenossenschaften herrscht. So wurden an die 400 „Rentenempfänger“ der Sektion im Ganzen 120 277 Mk. bezahlt, es trifft also auf einen „Rentner“ durchschnittlich etwas über 263 Mk. jährlich, — für Menschen, die größtenteils arbeitsunfähig sind und, wenn sie auch theilweise noch leichte Arbeiten verrichten könnten, solche als Krüppel doch höchst selten bekommen, weil es eben gesunde Arbeiter im Ueberflusse giebt, eine Summe, mit der sie, wenn sie nicht verhungern wollen, auf die Wohlthätigkeit ihrer Mitmenschen angewiesen sind. Nun wohnen aber bekanntlich Reichthum und Wohlthätigkeit höchst selten beieinander. Schon die Warnung, die an Häusern und Thüren der reichen Leute zu lesen ist: „Betteln ist hier verboten“, legt den deutlichsten Beweis dafür ab. Es sind deshalb auch wieder die untersten Klassen, die Arbeiter, an die sich derartige „Rentner“ in ihrer Noth wenden müssen. Und welche Sprache die 286 „Feststellungsbescheide“ über neue, veränderte oder aufgehobene Renten sprechen, werden jene unglücklichen Kollegen am besten wissen, die es jemals in ihrem Leben mit einer Berufsgenossenschaft in Unfallsachen zu thun hatten. Welchen Prozeduren, welchen Untersuchungen und Schmerzen wurden sie nicht ausgesetzt, bis die „Rente“ erst einmal festgesetzt war! Kaum aber ist dies geschehen, so folgen neue Untersuchungen; die Arbeitskraft wird von den Genossenschafts-Ärzten nach „Prozenten“ taxirt, neue Feststellungen folgen, bis von der Rente nichts mehr übrig bleibt. Was kummert man sich darum, wenn der Betroffene niemals mehr in seinem Leben in den vollen Besitz seiner Gesundheit gelangt, — wenn nur die Genossenschaft entlastet ist. Und so wird auch mit einer gewissen Genugthuung konstatiert, daß von 68 Berufungen an das Schiedsgericht 53 Entscheidungen zu Gunsten der Genossenschaft und nur 13 zu Gunsten der Verunglückten ausgefallen sind.

Bei den organisierten Arbeitern hat sich ja die Erkenntniß schon lange Bahn gebrochen, daß die Berufsgenossenschaften nur kapitalistische Interessenvertretungen sind und als solche den Arbeitern in keiner Weise gerecht werden können. Auch der vorstehende Bericht liefert einen weiteren Beleg hierfür. Wie aber die Dinge gegenwärtig liegen, ist gar nicht daran zu denken, daß den Wünschen der Arbeiter in nächster Zeit auch nur im geringsten Rechnung getragen wird. Das haben die vom 23. bis 26. Januar d. Jrs. im deutschen Reichstage gepflogene erste Berathung über die Aenderung des bestehenden Unfallversicherungsgesetzes und die sich daran schließenden Kommissionsberatungen wieder so deutlich gezeigt, daß den Arbeitern jede Hoffnung, daß es in dieser Beziehung jemals besser werde, wieder auf lange Zeit genommen ist. Wurden doch in den 29 festgesetzten Kommissionsitzungen fast alle Verbesserungsvorschläge, die von Seiten der Arbeitervertreter gestellt worden waren, abgelehnt.

Aber auch die kleinen Zugeständnisse, zu welchen sich die Mehrheitsparteien endlich herbeiließen, sollen wieder illusorisch gemacht werden, da allerlei Gerüchte an die Oeffentlichkeit dringen, daß zwischen den Vertretern der großen Parteien und den sozialpolitischen Geheimräthen hinter den Kulissen Unterhandlungen gepflogen wurden. Was bei derartigen Unterhandlungen aber für die Arbeiter herauskommt, ist bekannt. So soll unter Anderem auch der wichtigste Beschluß, wonach die Berufsgenossenschaften die Rentenzahlung in Zukunft nicht mehr mit der vierzehnten, sondern bereits mit der fünften Woche nach dem Unfall zu übernehmen hätten, wieder beseitigt werden. Dieser Beschluß hat besonders den Zorn des Gewaltigen von Neunkirchen, des „Königs“ Stumm hervorgerufen, und es ist deshalb sehr leicht möglich, daß diese Bestimmung im Plenum abgelehnt wird. Dann kam auch der Beschluß zu Stande, daß in Zukunft kein Verletzter mehr in eine der von den Berufsgenossenschaften errichteten oder unterhaltenen Jagen, Heilanstalten, unter dem Namen „Rentenquartiere“ bekannt, überführt werden darf ohne vorherige Zustimmung des Verletzten oder des zuständigen behördlichen Arztes.

Auch alle gewerblichen Brauereien sollen Aufnahme in die Unfallversicherung finden; dagegen soll insofern eine bedeutende Verschlechterung eintreten, als in Zukunft der Refkurs an das Reichsversicherungsamt ausgeschlossen ist, wenn das Schiedsgericht dem Verletzten nicht mehr als 25 Prozent der Vollrente zugesprochen hat. In diesem Falle tritt, auch unter erschwerenden Umständen, nur Revision ein.

Würde diese letztere ungeheuerliche Bestimmung Gesetz werden, dann würde in Zukunft die weitans größte Mehrzahl aller Unfälle sehr schnell erledigt sein. Die Schiedsgerichte brauchen, um einen Refkurs zu verhindern, nur auf 22 oder 20 Prozent Rente zu erkennen, und die Sache wäre abgemacht. Daß bei den Bestrebungen der Berufsgenossenschaften und der Zusammensetzung der Schiedsgerichte eine derartige „Praxis“ plausibel sein könnte, unterliegt für Kenner kaum einem Zweifel.

Aber auch aus diesem hier kurz Angeführten geht hervor, daß man weder von Seite der Regierung, noch von Seiten der maßgebenden Parteien an eine Verbesserung oder Ausbannung der Arbeiterschutzgesetze denkt.

sondern daß wir uns viel eher auf eine Verschlechterung gefaßt machen können. Ist doch heute bei allen derartigen Gesetzen der Geist Stumm's maßgebend, und das allein spricht Bände.

Und nun verdient noch ein Punkt aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft hervorgehoben zu werden: es ist dies die Zahl der Gesamtarbeiter zu den Organisierten. 8255 versicherungspflichtige Personen sind beschäftigt und unter diesen befinden sich kaum 600 organisierte Arbeiter. Und hier reden die Verhältnisse eine deutliche Sprache. In allen Städten des Sektionsbereichs, wo noch keine Organisationen vorhanden sind, wie Bamberg, Bayreuth, Amberg, Ansbach, Regensburg u. s. w., leben die Arbeiter nicht mehr als Menschen, sondern sie vegetiren bloß noch als willenlose Geschöpfe. Hier liegt eben für die Organisation noch ein großes, ein weites Arbeitsfeld offen. Freilich wird es uns niemals mehr gelingen, einen Theil dieser Kollegen zum Bewußtsein zu bringen; denn es ist doch bekannt, daß gerade die Menschen, die am schwersten unter den heutigen Zuständen leiden, am schwersten aufzurütteln sind, und daß sie niemals mehr fähig sind, sich aus der Knechtschaft, unter der sie Jahre lang gelitten haben, zu erheben, sondern daß es ihnen einzig und allein nur noch darum zu thun ist, ihr elendes Leben so lange es geht zu fristen. Im Bereich der Sektion V sind viele derartige bedauernswerthen Geschöpfe beschäftigt. Aber das soll uns doch nicht abhalten, immer und immer wieder zu versuchen, auch in jenen Städten festen Fuß zu fassen, um wenigstens die jüngeren Kollegen zur Erkenntniß ihrer prekären Lage zu bringen.

Wenn die Herren Sektions- und Genossenschaftsvorstände sich versammeln, um auch über die „anrechnungspflichtigen Löhne“ zu sprechen, so kommen doch sicher auch die Lohnverhältnisse der einzelnen Städte in Betracht. Aber ist es denn bis heute auch nur in irgend einer der betreffenden Städte einem einzigen Brauereibesitzer eingefallen, sich die besseren Löhne und Arbeitsbedingungen einer anderen Stadt zum Vorbild zu nehmen und die gleichen Verhältnisse einzuführen? Keine Spur! Ueberall hat man es darauf ankommen lassen, bis sich unsere Organisation der unterdrückten Kollegen angenommen hat, und letzteres wird auch in Zukunft unverdrossen und aufs Nachhaltigste geschehen, woran auch das Geschrei der blödesten und stumpfsinnigsten unserer Gegner absolut nichts ändern wird.

J. S.

## Korrespondenzen.

**Hannover.** Erhalten wir das folgende Schreiben, worüber wir den Lesern das Urtheil überlassen:

Cottbus, den 5. Mai 1897.

Herrn R. Wiehle!

Bezugnehmend auf den Bericht über die Verhältnisse in den Brauereien hiesigen Orts in Nr. 13 der „Brauereizitung“ erlauben wir uns Ihnen Folgendes mitzutheilen. In dem betreffenden Bericht wird u. A. angedeutet, daß später auch die übrigen Betriebe hierorts geschildert werden sollen. Wir, im Brau-Verband Beschäftigten, wollen den Berichterstatter von dieser Mühe, insofern unsere Brauerei in Betracht kommt, insofern entbinden, indem wir kurz Folgendes erwähnen. Obwohl wir der in dem Eingekampt erwähnten Organisation nicht angehören, sind die Verhältnisse im Brau-Verband nicht so schlecht, daß wir Anlaß zu Klagen hätten. Die Lohnverhältnisse sind sonst durchweg günstige und betreffs der Arbeitszeit können wir das Gleiche sagen. Aus vorstehend Gesagtem dürfte also hervorgehen, daß der betreffende Berichterstatter oder sonst Jemand keinen Anlaß haben dürfte, uns womöglich gewisse Wünsche in Aussicht zu stellen.

Die Durschen des Brau-Verbandes.

**Hannover.** Ueber das Verhalten des Brauereibesizers Johann Gerner in Landshut gegenüber seinem Personal sind schon öfters Klagen laut geworden, aber in letzter Zeit scheint es, als ob Herr Gerner glaubt, der Arbeiter sei kein Mensch und darum brauche man ihn auch nicht menschlich zu behandeln. Einen besonderen Haß zeigt er gegen diejenigen Leute, die sich einer Organisation angeschlossen haben. So soll es schon öfters vorgekommen sein, daß, wenn ein älterer Kollege vorbeigegangen ist, er mit dem Stock nach ihm zeigte und zu seinen Leuten dann sagte: „Das ist auch Einer vom Verband, der bekommt auch keine Arbeit mehr, der kann jetzt 'rum zigeunern.“ Wohl vergißt dieser sonst so weiße Herr, daß auch dieser ältere Mann schon 126 Stunden pro Woche bei ihm gearbeitet hat für 7 Mark und das Essen. Und wenn man dieses Essen betrachtete, dann konnte man ja daraus schließen, daß dieser Herr 5 bis 6 Häuser noch neben seiner Brauerei im Besitze hat, und gerade nicht so wohlhabend nach Landshut gekommen ist. Er scheint jetzt auch einsehen gelernt zu haben, daß man an einem organisierten Arbeiter kein so willenloses Werkzeug hat, wie es früher bei den Nichtorganisierten der Fall war, daher ist es uns auch leicht begreiflich, woher der Haß gegen die Organisation kommt. Würden die Brauereiarbeiter schon früher zur Einsicht gekommen sein und hätten sich zusammengeschlossen, so würde es manchem heute so großen Herrn nicht geglückt sein, seine Arbeiter so auszubenten, wie es thatsächlich der Fall war und heute noch ist, wo keine Organisation vorhanden. Nur durch eine strenge Organisation sämtlicher Arbeiter können wenigstens annähernd menschliche Zustände geschaffen werden. Auch dieser Herr Gerner würde sich kaum durch seiner Hände Arbeit ein solches Kapital zusammengeschafft haben, wenn nicht diejenigen, die er als Tagelöhner, auch den Braumeister, betittelt, ihre Knochen ihm geopfert hätten. Würde er sich einmal erkundigen, wie es in anderen hiesigen Brauereien aussieht, so würde er den Unterschied zwischen den Arbeitsverhältnissen dort und bei ihm finden. Wir wollen ihn auf die Brauerei Moser aufmerksam machen, wo wenigstens die Leute menschlich behandelt werden. Wir hätten zwar noch eine ganze Menge solcher Mißstände über diese Brauerei, wollen aber für heute damit schließen, denn wir hoffen, daß auch Herr Gerner sich eines Andern belehren läßt. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß es für das Geschäft kein Vortheil sein wird, wenn solche Mißstände in die Oeffentlichkeit kommen, und die Arbeiterschaft Landshuts würde in diesem Falle auch die richtige Antwort darauf zu geben wissen.

**Angsburg.** In der Brauerei von Kaspar Gerle wurde am Montag wieder ein organisierter Kollege entlassen, und zwar nur deswegen, weil er 10 Minuten zu spät kam. Die Sache hat jedoch ihren tieferen Grund und zeigt, wie gewisse Arbeiter es leider fertig bringen, bei ihren Vorgesetzten ihnen unangenehme Mitarbeiter solange anzuschwärzen, bis diese ihre Entlassung erhalten. So war es auch hier. Der betreffende Kollege war dem Sührer Bachmann schon lange ein Dorn im Auge,

weshwegen er gemäß jede Gelegenheit benutzte, ihn beim Braumeister in das „richtige“ Licht zu stellen; endlich mit Erfolg. Ob er desselben froh werden würde, bleibt abzuwarten, denn gewöhnlich bekommen derartige Elemente die Klinke auch nicht mit und nur zu spät lernen sie oft einsehen, wie schwer zu ihrem eigenen Schaden sie sich an ihren Kollegen vergingen.

**Braunschweig.** Bericht über die Mitgliederversammlung vom 2. Mai 1897. Nach Erledigung der formellen Angelegenheiten wurde noch ein Vergnügungskomitee zu dem am 16. Mai stattfindenden Stiftungsfest, welches im „Hotel de Metz“ stattfinden wird, gewählt. In der Diskussionskammer verlesene betrübliche Verhältnisse und Vorkommnisse in den hiesigen Brauereien zur Sprache. Von einer 10stündigen Arbeitszeit und geschäftlichen Sonntagsruhe kann im Allgemeinen keine Rede mehr sein. Kollege Müller erwähnte sodann noch die anwesenden Kollegen, stets treu zu unserer Fahne zu halten und namentlich bemüht zu sein, neue Mitglieder zu werben, damit auch in Braunschweig wieder einmal etwas geschaffen werden könne. Daß dies bei einer guten Organisation möglich sei, beweise schon, daß in vergangenen Jahre das Personal der Selbstlöschbrennereien, wo sämtliche Kollegen dem Verbands angehörten, am 1. Mai einen halben Tag feiern konnte. In diesem Jahre, unter dem Regiment der Bundesgesellen, war dagegen nicht daran zu denken. Redner sei überzeugt, daß die Herren Brauereibesitzer durch die übermäßige Ausbeutung der Brauereiarbeiter die Gefahr selbst wieder einmal auf die Wege bringen werden, die sie als Arbeiter zu gehen haben; daß sie wieder einmal einsehen, daß nur durch eine gute Organisation, durch ein einmütiges Zusammenhalten der gesamten Arbeiterschaft etwas für sie erreicht werden kann, wie es 1891 hier der Fall war. Hieraus erfolgte Schluß der Versammlung. — Charakteristisch für das Privilegium, welches sich unsere Bundesgesellen so gerne zu eigen machen, den Gesellenstand zu heben, ist das Verhältniß auf der hiesigen Aktien-Brauerei Streitberg, 1892/93, als der hiesige Kellermeister und Vorsitzende des hiesigen Bundesvereins noch Vertrauensmann genannter Brauerei war, arbeitete daselbst noch 18—20, auch 23 gelehrte Leute, heute dagegen bei erhöhter Produktion (zirka 55 000 Hektoliter) und eigener Mälzerei sage und schreibe 11 Gesellen. Dabei hat der Kellermeister und Bundesvorsitzende einem älteren, erfahrenen Kollegen noch die Worte ins Gesicht geschleudert: „Ein Arbeitsmann ist mir lieber, wie zwei solche Brauer wie Du bist!“ Also immer noch zu viel Gesellen, und praktische Bethätigung, den Gesellenstand zu heben. Bei Denjenigen aber, denen bei solch drastischen Beispielen die Augen noch nicht aufgehen, findet das bekannte Sprichwort seine volle Anwendung: „Da ist Kopfen und Matsch verloren.“ Eigenthümlich erscheint es uns, daß die älteren Kollegen, ob sie nun freiwillige oder Zwangsmitglieder des Bundesvereins sind, nun ihren Vorstehenden auf diesen Gegenstand zu ihren angeblichen Prinzipien nicht aufmerksam machen. Möglich, daß der Vorsitzende nicht kritisiert werden darf, aber das dürfte sie nicht abhalten, ihren Mitkollegen im Verein zu zeigen, daß der Gesellenstand durch die Bundesgesellen keineswegs gehoben, sondern nur weit mehr herabgedrückt wird. Wehlich liegt es in vielen Orten, wo die Bundesgesellen dominieren. Alle ihre Thätigkeit liegt bemußt oder unbemußt im Interesse der Unternehmer, diese haben den Augen und die Begehr des Gesellenstandes werden die Früchte genießen von der Saat, die sie gesät. Durch ihre eigene Thätigkeit werden verdrängt werden.

**Dresden.** Sonntag, den 2. Mai, tagte im Bürgerhaus eine öffentliche Versammlung der Einzel-Verbandsmitglieder von Dresden und Umgebung. Die vom Hauptvorstand beschlossene Abstimmung über den Streifonds und die Delegirtenentscheidung nach Amerika standen als erster Punkt der Tagesordnung zur Berathung. Nachdem Kollege Frischling die Nothwendigkeit der Gründung eines solchen Fonds betont, wies derselbe auf den Beschluß des letzten Verbandstages, daß durch freiwillige Beiträge ein Fonds gesammelt werden solle, hin, welchem Beschluß auch die Dresdner Einzelmitglieder nachgekommen seien. Er, Frischling, habe erwartet, daß dieser Beschluß bindend für alle Zahlstellen und Zweigvereine sein würde. Mehrere Redner, hauptsächlich die Kollegen Winkler und Werner, sprachen sich in demselben Sinne aus; Kollege Winkler ist der Ansicht, daß, wenn keine Zahlstelle oder Zweigverein dem Verbandstags-Beschlüssen gemäß diese freiwillige Sammlung vorgenommen, der hier angeammelte Fonds nun auf keinen Fall an die Zentralkasse abgeführt werden dürfe. Im Allgemeinen konnte sich nun kein Redner für eine obligatorische Einführung erwärmen, doch würde man sich der Majorität der Gesamtmitgliedschaft fügen, gleichfalls aber auch den nun hier bereits gesammelten Fonds als der örtlichen Organisation zugehörig betrachten und auch verwenden. Bezüglich des Delegirten meinte Frischling, daß es wohl notwendig gewesen sei, daß vom Hauptvorstande Vorschläge gemacht werden müßten, einmal weil die Zeit für öftere Berathung zu kurz, zweitens die dazu fähigen Kollegen der großen Masse der Mitglieder zu wenig bekannt seien. Redner ist der Meinung, daß vom Hauptvorstande Niemand Delegirter werden könne, soweit es die beschriebenen Kollegen betreffe; außerdem wisse er, daß Wiehle leidend sei und um Urlaub nachgesucht habe. Würde nun Wiehle diesen antreten, so würde derselbe, da die Reise und die Verhandlungen des Verbandstages in Amerika 10 Wochen in Anspruch nehmen würden, fast ein halbes Jahr von der Zeitung zu dispensieren sein, und das ginge auf keinen Fall; deshalb wünsche er, daß man den ihm dazu am geeignetsten erscheinenden Kollegen Wilhelm Richter in Berlin wählen würde, wenn man sich, was er ja für selbstverständlich halte, für einen Delegirten entscheidet. Alle Redner sind derselben Ansicht Frischling's in dieser Beziehung. — Hierauf wurde unter Punkt „Gewerkschaftliches“ die Entlassung eines Kollegen vom Hofbrauhaus geschildert. Kollege Frischling, welchem man diese Angelegenheit unterbreitet hatte, erklärte, daß in diesem Falle der Braumeister vom Hofbrauhaus äußerst korrekt und anständig dem Entlassenen gegenüber gehandelt habe. Frischling erwarte von dem Entlassenen, daß derselbe sich mit seinem Kollegen verständige und verführe; der Braumeister habe ja dem Kollegen Gebauer das Versprechen gegeben, daß er dann wieder Arbeit erhalte. Kollege Gebauer sei eben manchmal unliebhaft, deshalb sei es seine Pflicht, sich mit dem beleidigten Kollegen zu vertragen. Die Organisation könne nichts thun in dieser Sache, da selbst die Organisierten gewünscht hätten, daß hier Gerechtigkeit walten möge. Hierauf wurde noch beschlossen, alle öffentlichen Versammlungen auf die Sonntag-Nachmittage 2 Uhr einzuberufen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen, hielt der Vorsitzende Winkler einen Appell an die Kollegen, recht rege Agitation zu betreiben und fand hierauf Schluß der Versammlung. (Anmerk. d. Red. Kollege Frischling hat die Zeitdauer der Reise, falls ein Delegirter gewählt wird, etwas hoch angeschlagen. 4—5 Wochen, nicht 10 Wochen würde die Dauer der Abwesenheit sein. Der Hauptvorstand hätte, falls er Vorschläge zum Delegirten machen sollte, auch die Beschädigung beschließen müssen und das wollte der Hauptvorstand nicht; derselbe glaubte die Einladung nicht kurzgehend abweisen zu dürfen und besser zu handeln, wenn er den Mitgliedern ganz freie Hand lasse.)

**Duisburg.** Wenn man hier einmal so recht Umschau hält und sich so recht sämtliche in der Brauer-Branchen beschäftigten Arbeiter ansieht und dabei findet, daß ein Theil der Leute, die sich als etwas Besseres betrachten, Alles aufstellt, um mit Hilfe der eigenen Ausbeuter ihre Mitmenschen zu unterdrücken, sie brotlos zu machen und dabei noch großartig in ihrem Organ sich als ideale Menschen hinzustellen suchen, so stellt man Betrachtungen an, wie es möglich ist, daß es solche thörichte Leute noch geben kann. Durch Ehrgeiz und Selbstsucht trachten sie in bessere Stellungen zu gelangen, mag ein Anderer in Noth und Elend unkommen, mag er verhungern, mag ihn

sonst etwas gekannt — was geht es sie an. Wenn nur sie, die auf dem Papier als gute Menschen bezeichnet werden, vor Hunger geküßt sind. Schreiber dieser Zeilen kann hier einige Beispiele angeben, worüber auch die Herren Bundesgesellen urtheilen mögen, was man von solchen Menschen zu denken hat. Ein Brauer W., Wächsmeyer auf der Bergschloßbrauerei, sehnte sich gewiß nach dem Posten eines Gährführers, als er die Kothen als Aufwiegler und rothe Hallanten bezeichnete, die möglichst schnell den Staub der Bergschloßbrauerei von ihren Pantoffeln schütteln sollten. Die Chancen für ihn zum Advanziren würden sich ja dann gehoben haben. Eines Sonntags, als der Gährführer nicht zu Hause war, machte er mit einem unorganisirten Kollegen Skandal, daß der betreffende Kollege Tags darauf die Arbeit niederlegte mit der Motivirung, mit solchen Kollegen nicht länger arbeiten zu können, der fortwährenden Sticheleien im Schälender u. s. w. sei er müde. Es wurde dann auch von Seiten der Geschäftsleitung die Sache untersucht und W. sollte sofort entlassen werden, aber W. meldete sich krank. Er hatte nun Zeit gewonnen. Schließlich fand er noch einen Bundesgenossen und die ganze Schuld wurde auf den rothen Gährführer abgewälzt und dieser wurde auch schon einige Tage nachher wegen dieser Geschichte entlassen. Der entlassene Kollege behauptete aber Herrn Buchhalter Mübel, welcher den betr. Kollegen entließ, gegenüber, daß dieses eine lügenhafte Meßperrung von Seiten seiner Demunzianten sei und er diese für die lügenhafte Aussage verantwortlich machen werde, sobald er den Beweis schriftlich von dem Kollegen, welcher die Arbeit niederlegte, in Händen haben werde. Da er nun im Besitze dieses Schriftstückes ist, in welchem klar und deutlich steht, daß Alles, was über ihn von Seiten des Herrn Mübel gesagt worden ist, auf Unwahrheit beruhe und erfunden sei, er auch seine Aussage, welche er gegen Herrn Mübel äußerte, vollständig aufrecht halten kann, hat doch Herr W. in Gegenwart des entlassenen Kollegen geäußert, daß er selbst weiß, daß die Brauerei Bergschloß als „Schinderhannes“ bekannt sei.

**Duisburg.** Herr Brauereimeister Mayfarth der „Feldschloßbrauerei“ in Duisburg sandte kürzlich an den Herbergschwirtz U. Höhrig, früher für den Verband wirkend, jetzt im Dienste der „Blauen“ stehend, folgenden Brief:

Lieber Höhrig!  
Ueberbringer dieses habe ich Zeugnisse nachgesehen und denselben für gut befunden. Du kannst denselben mal ausforschen betreffs seiner Gefinnung; ich brauche zwei Urtheile, da Demeistie fort ist und dazu möglichst bald. Ueberbringer habe ich gesagt, daß ich schon bei Dir welche bestellt hätte.  
Mit Gruß  
W. Mayfarth.

Also solche Achtung haben die Begünstigten des Bundes deutscher Brauergesellen vor dem Koalitionsrecht. Nun, wer glaubt, mit solchen Mitteln dem Verbands denaraus zu machen, der irrt. Und diejenige Vereinigung, welche mit solchen Mitteln geföhrt wird, muß sich schämen ob solcher Unterföhung. Wenn man zu jeig ist, vor der Öffentlichkeit seine Zwecke und Ziele zu vertreten und zu verteidigen, soll es uns nicht Wunder nehmen, wenn sich die Herren Kollegen vom Bund noch eines Tages an die Postkürre wenden, damit diese von den Kanzeln die daheim während dieser Zeit arbeitenden Brauer auffordern, in die Gemeinshaft Derer einzutreten, welche den Kampf ums Dasein nicht nur nicht begriffen haben, sondern glauben, die Welt rückwärts bewegen zu können. Nun auch diese Kampfesweise hat ihr Gutes.

**Salz a. S.** 48 Sud weniger hat die Freyberg'sche Brauerei in dem mit Ende März abgeschlossenen Geschäftsjahre gemacht als im Jahre vorher. Ein Sud ist 90—100 Hektoliter. Der Ueberbedarf bedarf sich demnach auf 4500—4800 Hektoliter. Da aber in den vorhergehenden Jahren jedes Jahr einen Zuwachs von 50—60 Sud brachte, und auch die ersten Monate des eben beendeten Geschäftsjahres, die noch unter dem Boykott standen, gleichfalls das regelmäßige Wachstum an Absatz aufwiesen, muß die Wirkung des Boykotts auf mindestens 100 Sud, das sind 10 000 Hektoliter, oder ein volles Viertel der Gesamtproduktion, berechnet werden. Nimmt man den Reingewinn pro Hektoliter mit nur 4 Mk. an, so hat der Boykott der Freyberg'schen Brauerei rund 40 000 Mk. gekostet. Bei Bauer sollen die Verhältnisse noch schlimmer liegen. Auch hierüber sind uns sichere Zahlen in Aussicht gestellt worden. — Herr Freyberg kann sich bei seinen Bundesgesellen bedanken, denn diese waren es in erster Linie, welche ihn diese Suppe eingebrockt haben. Durch die fortwährenden gemeinen (man versuchte sogar, unsere Mitglieder zu Majestätsbeleidigungen zu provoziren) und thätlichen Angriffe auf unsere Verbandskollegen war die Arbeiterschaft aufs Meißteste erbittert, man suchte außerdem unsere Mitglieder auf jede Art und Weise los zu werden. Auch bei Kleinvertheilungen wurden die Betreffenden gefragt, ob sie dem Verbands angehörten u. s. w. Und als diesem Unwesen durch Einführung eines unparteiischen Arbeitsschlichters abgeholfen werden sollte, lehnten die Ringbrauereien denselben ab; so mußte es also zum Bruch kommen. Daß der Boykott wirkt, sieht man aus obigen Zahlen, an ein Nachgeben der Arbeiterschaft ist nicht zu denken und sollte der Kampf nach amerikanischem Muster noch jahrelang dauern, unsere gerechte Sache muß siegen. Einen Erfolg hat der Boykott insoweit aufzuweisen, als die Verhältnisse und Hoffnungen der Bundesbrüder gegen unsere Mitglieder plötzlich aufgehört haben. Die Ringbrauer haben eingesehen, daß sie unnützer Weise mit dem Feuer gespielt und sich dabei die Finger verbrannt haben. Mögen sie hieraus die Konsequenzen ziehen.

**Hamburg.** Eine von 90 Mitgliedern besuchte Versammlung am Sonnabend, den 8. Mai, im „Hammonia-Gesellschaftshaus“. Der Kassirer Tiege verlas zum 1. Punkt der Tagesordnung die Kassenberichte, wonach der Bestand der Verbandskasse 113,90 Mk., der Vorkasse 192,75 Mk. am 1. Mai betrug. Die Unterföhungskasse hatte einen Bestand von 508,20 Mk. am 5. Mai. Beim Punkt „Arbeitsschlichter“ wurde das Verhalten des Herrn Direktors Strauß von der Warmbeker Brauerei scharf kritisiert. Herr Strauß hat kürzlich den Arbeitsschlichter anerkannt, aber absolut nicht daran gedacht, denselben zu benutzen, indem er seine Arbeitskräfte anderswo bezogen hat. Auf eine schriftliche Anfrage seitens des Vorsitzenden Klein hat Herr Strauß eine sehr ausweichende Antwort gegeben. Die Kartelldelegirten sind beauftragt, mit dem Kartell Rücksprache zu nehmen, um das Verhalten des Herrn Strauß gebührend zu würdigen. Die Pfingst-Morgen-Tour wurde ohne weitere Besprechung abgelehnt. Ueber Punkt 3: „Innere Verbandsangelegenheiten“, entspann sich eine erregte Debatte betr. der Sonderstellung der Kollegen Deffner und Bogula als Einzel-Mitglieder. Die Versammlung war der Ansicht, daß es nur persönliche Angelegenheiten seien, die die Kollegen Deffner und Bogula dazu veranlaßt hätten. Es wurde eine Resolution von Kollmann angenommen, wonach die betreffenden Kollegen aufgeföhrt wurden, dem Zweigverein Hamburg wieder beizutreten. Den Meißerungen des Kollegen Pritz maß man diesmal keine Bedeutung bei, indem man gar nicht weiter darauf einging. Sodann wurde den Vertrauensleuten aufgelegt, bei den Zeitungen der einzelnen Brauereien vorzusprechen und diese zu erforschen, bei Beerdigung der Meißer-Kampagne keine Leute anzustellen und dafür die Ueberstunden wegfallen zu lassen. Ferner kam noch einmal das Verhalten des Vorsitzenden des Brauereiverbands von 1889, Herrn Wardenheuer, Brauereiführer vom Bürgerlichen Brauhaus, zur Sprache. Obwohl Wardenheuer in seinem letzten Versammlungsbericht versucht hat, den Beweis zu erbringen, daß er nicht die Listen der Gasenarbeiter gemeint habe, so meldeten sich doch wiederum Ohrenzeugen, daß Wardenheuer die Meißerungen bezüglich der Gasenarbeiter gethan und die

Listen für dieselben im Geschäft streng verboten habe. Nach einer scharfen Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme.

**Resolution.** Die heute, am 8. Mai, im „Hammonia-Gesellschaftshaus“ tagende Mitgliederversammlung hält die stattgefundenen Verhandlungen des Hamburger Brauer-Vereins von 1889 nur um Sammelkisten der Gasenarbeiter handelte, für voll erbracht. Denn dies Verbot des Vorsitzenden und Brauereiführers Wardenheuer vom Bürgerlichen Brauhaus, daß auf keine Sammelkiste der Gasenarbeiter von den dort beschäftigten Arbeitern in der Brauerei gezeichnet werden darf, desselben zeigt, daß er kein Freund der Bestrebungen der organisirten Arbeiter ist, indem er versucht, auf jede erdenkliche Art und Weise die organisirten Brauer aus dem Hamburger Brauereiverbande auszumerzen. In einer Notiz im „Hamburger Fremdenblatt“ brüßet er sich damit, daß auf dem Bürgerlichen Brauhaus keine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeiter beschäftigt sind. Daß die Leitung der Brauerei mit den Bestrebungen ihres Brauereiführers sympathisirt, schließt die Versammlung daraus, daß auf der Brauerei die Arbeiter des Sonntags noch 2 Stunden unjont arbeiten müssen, auch werden die Ueberstunden, wenn auch nur 10 Minuten an der Stunde fehlen, nicht bezahlt, auch die Nachtarbeit wird nur durch Uebelthun vergütet. Die heutige Versammlung wünscht, daß die organisirte Arbeiterschaft Hamburg die Handlungsweise der Betreffenden in Zukunft gebührend würdigt.

**Mannheim.** Verflorenen Sonntag Nachmittag fand im Gasthaus „Zum Redarth“ in Ebingen eine Versammlung der Brauereiarbeiter der „Mittelsbrauerei Ebingen“ statt, um Stellung zu nehmen gegenüber den verschiedenen Mißständen u. s. w., welche in der Brauerei noch herrschen. Nach einem vorausgegangenen Vortrag eines Mannheimer Kollegen, welcher über das Thema: „Warum organisiren wir uns?“ referirte, erstattete die in einer früheren Versammlung schon erwähnte Kommission Bericht über vorhandene Mißstände und über sonstige in der Brauerei noch bestehende unwürdige Zustände. Nachdem man hierüber fleißig diskutirte, woran sich auch einige Ebinger Parteigenossen betheiligten, kam man schließlich zu dem Beschluß, dem Vorstand des Zweigvereins Mannheim die Angelegenheit in die Hand zu geben, welcher dann das Weitere veranlassen wird. Aus den Ausführungen der einzelnen Kollegen konnte man so recht deutlich herausfinden, daß in der Brauerei noch Verhältnisse herrschen, die wirklich unwürdig zu nennen sind und man mit allen zu Gebote stehenden Mitteln suchen muß, dieselben zu beseitigen. Pflicht der Ebinger Kollegen ist es, seit zusammenzukommen und sich vollständig der Organisation anzuschließen.

**Hemscheid.** Aus der am Sonntag, den 2. Mai, stattgehabten öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung ist es zu erfahren, wie wenige der organisirten Kollegen für eine Verbesserung ihrer in den Zeitungen so oft gerügten Zustände streben. Daß in einer Gegend wie Hemscheid, wo die Bevölkerung durch und durch sozialistisch gefärbt ist und laut gewerkschaftlichen Angaben ca. 12 000 organisirte Arbeiter vorhanden sind, die Brauer noch am weitesten zurück sind, beweist die Versammlung. Die vor einem halben Jahre gegründete Zahlstelle weist 26 Mitglieder auf. Zu der vorletzten Versammlung waren aber nur 9 ganze Mann erschienen, so daß es nicht der Mühe werth war, dieselbe zu eröffnen, da es doch zumeist die zielbewußten Kollegen waren. Laut der am 20. Februar aufgenommenen Statistik existiren in der Kipper-Brauerei viele Mißstände, weshalb von den Kollegen für die Beseitigung derselben ein Lohn- und Arbeitsstufentafel aufgestellt werden sollte, der alsdann von der Versammlung geprüft und dann der Brauerei vorgelegt werden sollte. Leider ist bis jetzt nichts in der Sache gethan worden. Warum? Haben sich die Zustände seither so gebessert, daß nichts zu klagen mehr übrig bleibt? Der Lohn von 80—85 Mk. wird schon Jahre lang bezahlt. Sind die Kollegen damit zufrieden, bei den hohen Lebensmittelpreisen in Hemscheid? — Als einer der ältesten Kollegen um Lohnherhöhung beim Prinzipal bat, wurde er mit folgenden Worten abgewiesen: „Das müssen Sie nicht thun, das thue ich nach eigenem Ermessen.“ Doch wann? Verheiratete Kollegen bekommen keine Wohnungsentföhigung. Warum? Wenn wir nur ordentliche Wohn- und Schlafzimmern haben, können wir ja zufrieden sein! Von zehn Burfchen sind erst acht organisirte. Kollegen, das sind Zustände, denen dringend abgeholfen werden muß, und nur durch einiges Vorgehen können wir etwas erreichen. Ferner rufe ich allen Kollegen zu, besonders den Kollegen des Hemscheider Brauereiverbands, sich besser an den Versammlungen und an der Agitation zu betheiligen. — Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde noch beschlossen, am Sonntag, den 16. Mai einen kleinen Ausflug in die freie Natur nach der Talsperre und Burg zu unternehmen und die noch fernstehenden Kollegen vielleicht auf diese Art zu bewegen juchen, sich uns anzuschließen. Zusammenkunft punkt 10 Uhr Vormittags im Vereinslokale in Hemscheid. Es werden die Kollegen erucht, recht zahlreich mit ihren Familien zu erscheinen und zwar pünktlich. Sollte schlechtes Wetter eintreten, so findet der Ausflug den nächsten Sonntag statt.

**Stuttgart.** Am Sonntag, 25. April, fand in Baihingen eine vom Zweigverein Stuttgart einberufene öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung für Stuttgart und Umgegend statt mit der Tagesordnung: 1. Unternehmervverbände und Arbeiterorganisationen. 2. Stellungnahme zur Maifeier. Nach der Bureauwahl ergriff Genosse Jöhler das Wort und führte in kräftigen Worten aus, daß durch die Vereinigungen der Unternehmer und Kapitalisten der Mittel- und Kleingewerbebestand nach und nach herabgedrückt werde zu den Lohnarbeitern. Die Arbeiter müßten danach streben, ihre Organisationen auszubauen, die Brauer müßten lernen, auch die Tagelöhner und Hilfsarbeiter als ihre Gleichen, d. h. als Arbeiter zu achten, denn dieselben würden in der neuzeitlichen industriellen Produktion sehr häufig an die Stelle von gelehrten Leuten getret. Ferner kam Redner ausführlich auf die kürzlich im Landtage stattgefundenen Wahlkammerdebatte zu sprechen und meinte, daß die aufgeregten organisirten Brauer mehr Verständnis für die Lage des Gewerbes hätten als manche der Herren in Landtage. Redner bezeichnete die Petition der Großbrauer als eine Demunziation gegen die Brauereiarbeiter (Brauer!), die Petenten hätten damit einen Druck auf die Arbeiter ausüben wollen. Nach fünfviertelstündiger fesselnder Rede schloß der Referent mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung, in das die 300 Anwesenden begeistert einstimmten. In der darauf folgenden lebhaften Diskussion wurde auch über die Bundesangelegenheiten gesprochen, daß sie das Tageslicht scheuen; es sei eine Schamlosigkeit, daß sie auch gern die hohen von den Verbändlern erkämpften Löhne einziehen, aber sich nicht aufzuraffen können, in unsere Reihen zu treten, sondern bloß den Verband und seine Mitglieder beschimpfen und verleumden. Man solle ihnen die verdiente Beachtung schenken. Betreffs der Maifeier sollen die Brauer sich wieder ebenso stark betheiligen, wie im Vorjahre. Ein weiterer Redner tadelt scharf die Zustände in der Brauerei Leitz, Baihingen, betreffend Einstellung von nichtorganisirten Leuten aus der Schweiz und Bayern und wird von der Zeitung genannter Brauerei indirekt gegen ihre organisirten Arbeiter geschickt und dieselben auf leichte Art hinausgeschickt. Ferner kommen auch die rüden Ausdrücke von Herrn Leitz zur Sprache. Nach Erläuterungen über die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder fordert Kollege Winter die anwesenden Hilfsarbeiter und Tagelöhner auf, unserer Organisation beizutreten. Herr Leitz wolle die vereinsbarte Geschäfts-Kommission nicht anerkennen, ebenso auch die Stutt-

garter Brauereigesellschaft. Wenn es so fortgehe, müsse man sich an die Gemeinshaftskommission wenden, um den Herren einmal energisch den Standpunkt klar zu machen, und wenn sie ihre organisirten Leute nicht respektiren, dann könnte sehr leicht der Fall eintreten, daß der organisirte Arbeiter auch vielleicht das Bier aus genannten Brauereien nicht mehr so schmecken würde, als bisher. Sollten weitere Fälle betreffend Einstellung und Entlassung vorkommen, würden wir uns direkt an die Öffentlichkeit wenden. Kollege Winter dankt für den äußerst zahlreichen Besuch namentlich der Frauen der Brauer, welche aufmerksam den sachlichen Ausführungen der Redner lauschten. Diese imposante Versammlung kann als ein Markstein in der Brauerbewegung betrachtet werden. Zum Schluß ergreift Genosse Jöhler wieder das Wort und forderte die Kollegen auf, fest zusammen zu halten, um derartigen Uebergriffen ganz entschieden entgegenzutreten zu können. Wir möchten am Schluß nur noch den Herren Kollegen, welche den Beruf in sich fühlen, der Betriebsleitung von Leitz als Zukünftiger zu dienen, raten, auch getreuen und wahrheitsgemäßen Bericht über den Verlauf der Versammlung zu erstatten.

### Eingefandt.

Der Hauptvorstand hat die Einladung betreffs der Besichtigung der Konvention unseres amerikanischen Bruderverbandes sofort zur Urabstimmung gestellt. Nach meinem Dafürhalten wäre es besser gewesen, es hätte eine Diskussion für und wider vor der Abstimmung stattgefunden. Der Hauptvorstand, das glaube ich gern, wollte sich die Kosten und Arbeit für die zweimalige Urabstimmung sparen, und so will ich denn meine Meinung über die Folgeleistung der Einladung des Amerikanischen Brauereiverbandes zum Westen geben:

Als ich die Einladung des Genossen Kurzenhabe in unserer Zeitung las, tauchten mir die Erinnerungen auf über das Selbstverlebe in den Vereinigten Staaten. Mehrere Jahre war ich Mitglied des Verbandes der vereinigten Brauereiarbeiter von Nordamerika, nachdem ich mehrere Jahre mich durch alle Teile Deutschlands im Jahre 1884 hatte ich noch nicht die Genossenschaft, von der Gründung des ehemaligen Peimdorfschen Verbandes etwas zu wissen. So wie alle Brauer damals hatte auch ich in den Tag hinein gelebt. Umfomehr freute es mich, nach meiner achtjährigen Abwesenheit etwas von ähnlichen Bestrebungen in Deutschland unter den Brauereiarbeitern zu finden, als wie sie sich Ende achtziger Jahre in Amerika zu entwickeln begannen. Die Mehrzahl der in den amerikanischen Brauereien beschäftigten Arbeiter kennt die deutsche Arbeiterbewegung und deren Kämpfe und Ringen nicht. Ja, die Brauereiarbeiter drüben machen sich ganz andere Vorstellungen von den ehemals heimathlichen Verhältnissen. Als sie auswanderten, war das Brauereigewerbe dort nicht so hoch entwickelt, die Brauer waren noch die willigsten Arbeitsthiere. Weil nun über die deutschen Verhältnisse, über die deutsche Brauereiarbeiterbewegung theils Vorurtheile, theils Unkenntnis unter den amerikanischen Brauereiarbeitern herrschen, halte ich die Besichtigung der Konvention in Boston für wichtig, und zweifellos wird die Solibarität dadurch gefördert, das Band der Brüderung enger geknüpft. Für den geeignetsten Vertreter halte ich den Kollegen Wiehle. Er kennt die deutsche Brauereiarbeiterbewegung und hat eine schnelle Auffassungsgabe, er wird sich auch in Amerika Kenntnisse erwerben, welche für unsere Bewegung von Vortheil sein können. Es handelt sich nun darum: kann Kollege Wiehle seinen schwierigen Posten für so lange verlassen und ist Ersatz nothwendig? Da glaube ich, soweit ich in den letzten zwei Jahren die Bewegung verfolgt habe, daß Wiehle ruhig 5—6 Wochen fort sein kann. Er geht oft 3—4 Wochen auf Agitation, und die Geschäfte gehen auch weiter, und wenn die Zahlstellen wissen, Wiehle ist nicht da, werden sie sich auch etwas einzuschänken wissen mit ihrer Korrespondenz; eventuell soll der Hauptvorstand Jemand zur Aushilfe annehmen.

Mit kollegialischem Gruß

E. Günther.

(Anmerk. d. Red. Der Hauptvorstand selbst wollte in der Frage keine Stellung nehmen und glaubte, weil gerade die Urabstimmung stattfinden sollte, am besten zu handeln, wenn er sofort die Mitglieder selbst entscheiden lasse, ob der Einladung des amerikanischen Bruderverbandes Folge geleistet werden soll oder nicht. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn erst vorher eine Diskussion stattgefunden hätte.)

Wie die Mitglieder bereits aus Nr. 17 dieser Zeitung erfahren haben, ist uns von den Brauereiarbeitern Amerikas die Einladung zugegangen, an ihrer diesjährigen Konvention theilzunehmen. Der Verbands-Vorstand hat dieser Einladung bereits insoweit Rechnung getragen, als er diese Frage bei der dergestigt stattfindenden Urabstimmung mit zur Entscheidung gestellt hat. So viel bis jetzt zu erfahren ist, haben unsere Mitglieder weder in ihren Versammlungen, noch in unserem Verbandsorgan diese Frage diskutirt, trotzdem es meiner Meinung nach sehr wohl am Plage gewesen wäre.

Unser amerikanischer Bruderverband hat im Jahre 1895 zu unserem in Berlin stattgefundenen Deputirtenkongress seinen Sekretär Kurzenhabe entlanbt. Gleich diesem hat auch der auf dem vorjährigen Kongress in London anwesende Kollege Bechtold die Gelegenheit benutzt, die deutschen Brauereiarbeiter-Verhältnisse aufs Neue kennen zu lernen und die amerikanischen hier bekannt zu geben und zu erörtern. Es liegt uns somit die moralische Verpflichtung ob, auch Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Und doch muß ich trotz alledem für eine „Rein“-Entscheidung mich aussprechen. Die diesseitigen Verhältnisse sind von den jenseitigen sehr verschieden. Wohl werden alle Mitglieder unseres Verbandes mit mir darin einig sein, daß wir so viel es nur angängig ist, mit unseren amerikanischen Kollegen Hand in Hand arbeiten wollen. Um dies aber in voller Weise zum Austrag zu bringen, bedarf es noch einer eminenten Stärkung unseres eigenen Verbandes, namentlich in der jetzigen Zeit, wo fast allenthalben durch Ausperrungen unserer Mitglieder, Maßregelungen der Vorstände und Vertrauensleute durch die Arbeitgeber, Verhöhnung und Beschimpfung durch die in dem Brauereigewerbe vereinigten eigenen Arbeiterkollegen in einer Weise gegeben und unsern Verband agittirt wird, die kaum ihres Gleichen finden dürfte. Ferner: Derjenige, der unsere Verhältnisse am besten aus eigener Anschauung kennt und uns vertreten könnte, wäre unser Vorsitzender Wiehle. Wir haben zur Zeit keinen Anderen, der die Vereins-, Arbeits-, Lohn- und sonstigen Verhältnisse unseres Gewerbes in den meisten deutschen Städten besser kennt und zu beurtheilen weiß, als gerade dieser. Wiehle hat sich aber in die Dienste des Verbandes bereits so aufgegeben, daß ihm schon eine demnächstige mehrwöchentliche Erholungszeit zugebilligt worden ist. Ist diese vorüber, so erwartet ihn wieder ein großer Theil zurückgeliebener Arbeit und lastet nicht die nie ausbleibende Agitationsfähigkeit. Diese darf unter keinen Umständen hintenangeseht werden. Mittlerweile käme dann die Reise nach Amerika, die doch allermindestens 6 Wochen in Anspruch nimmt, und unsere in n e r e n Verbandsangelegenheiten blieben immer mehr unerledigt. Wir sind eben noch nicht so weit gekommen, uns mehrere Sekretäre gleich dem amerikanischen Bruderverband leisten zu können und müssen mit dem momentan zu Gebote stehenden rechnen. Aus alle diesem komme ich dahin, daß wir der Sache der allgemeinen Brauereiarbeiterschaft mehr dienen, wenn wir jetzt von einer Besichtigung der Bostoner Konvention Abstand nehmen, und diese

Zeit und Mittel lieber für eine erfolgreiche Agitation und weiteren Ausbau unseres Verbandes verwenden. Je mehr wir hier erstarren, um so mehr ist auch Jenen gebietet und auch umgekehrt. Daß wir den Besuch unserer amerikanischen Verbandstagen nicht unerwähnt lassen wollen, habe ich ja schon Anfangs erwähnt, bloß die Zeit erscheint mir gerade nicht geeignet, und ich bin gewiß, es werden wieder andere Zeiten kommen. Und wenn unsere amerikanischen Arbeitsbrüder unsere Beweggründe sich vergegenwärtigen und sich in unsere Lage hineinversetzen, werden sie es uns nicht verübeln, wenn wir für dieses Jahr von einer Delegation zu ihrem Delegiertenkongress Abstand nehmen.

W. Michler.

## Soziale Rundschau.

**Hannover.** Die „Schwäbische Tagwacht“ schreibt: Sisyphusarbeit. Nach einer Weinungelddebatte ist der Landtag vor den Osterferien auseinander gegangen, mit einer Biersteuerdebatte nahm er seine Beratungen wieder auf. Die im Württembergischen Bundesverband vereinigten Klein- und Mittelbrauer petitionieren um höhere Malzsteuersätze für die Großbrauereien, um vor deren Konkurrenz geschützt zu sein. Zur Begründung ihres Anliegens machten sie u. A. darauf aufmerksam, daß bei einer baldigen Revision der Staat rettungslos verloren sei, wenn er die Kleinbrauer nicht mehr auf seiner Seite habe, die ihn herausreißen könnten. Die Großbrauer dagegen protestieren in einer Gegeneingabe gegen jede Erhöhung der Malzsteuer, die nur die Großen treffen soll und drohen mit dem Kampf auf Leben und Tod gegen die Kleinen, wenn dem Verlangen der Petenten stattgegeben werde. Beide Eingaben bildeten den Gegenstand eines dreistündigen Medekampfes, wobei die Volksboten ihren kostbaren Schweiß vergossen in dem eifrigen Bemühen, Mittel ausfindig zu machen, mit denen dem sozialen Entwicklungsprozeß, der Aufsaugung des Mittelstandes, Einhalt geboten werde. Den Löwenanteil an der Debatte trugen sechs volksparteiliche Redner, die unter sich selbst in den schroffsten Gegensatz gerieten. Der Bierbrauereibesitzer Tag von Sulz fordert eine Erhöhung der Biersteuer für die Großbrauer, also die Erhöhung einer indirekten Steuer! Dadurch würden die Kleinbrauer vor der Ruinierung durch die Großen geschützt werden. Vom Standpunkte der Volkspartei, die sich ja auch anschickt, eine neue Wirtschaftssteuer — gleichfalls eine indirekte Steuer — einzuführen, kann jedenfalls das Vorgehen Tag's nicht verurteilt werden, und so kam ihm denn auch sein Fraktionsgenosse Schumacher, der als seine wichtigste gesetzgeberische Aufgabe die Einführung einer neuen Weinsteuer ansieht, zu Hilfe; ferner Rath. In der schroffsten Weise aber ward ihnen widersprochen von den eigenen Parteigenossen Mayser und Schmeichhardt, die den Kleinunternehmern den weisen Rath erteilten, sie möchten darnach streben, daß sie auch groß würden. Das ist so recht manchesterlich. Für die Beseitigung der Biersteuer fanden auch sie kein Wort. Daß die Volkspartei in volkswirtschaftlichen Fragen von

solch großer Bedeutung auseinanderbirgt, das kommt von ihrer Programmlosigkeit in wirtschaftlicher Beziehung. Daß der unvermeidliche Zentrumsredner Kiene mit einem seiner Kollegen dem Begehren Tag's zustimmte, kann nicht verwundern. Die Deutsche Partei, die Vertreterin der Großindustrie, schwiege — das Beste, was sie thun konnte. So stößt sie wenigstens die Kleinen nicht vor den Kopf, und daß den Großen von der Regierung nichts zu Leide geschieht, dessen ist sie überzeugt. Ob denn aber die Herren, die fortgesetzt sich abmühen, das Kleingewerbe vor dem rettungslosen Untergange zu bewahren, angeichts der vor aller Welt sich abspielenden Thatsachen sich nicht endlich vorzukommen wie der Hund, der den Mond anbellt, um ihn zum Stillstehen zu bringen? Der gestrige Vortrag unseres Genossen Bebel hätte ihnen Aufklärung geben können, warum gegen die Aufsaugung der Zwergbetriebe kein Kraut gewachsen ist. Die Petition der Kleinbrauer wurde der Regierung zur „Kenntnißnahme“ überwiesen.

## Bekanntmachung.

Da erst einige Zweigvereine ihre Stimmzettel eingekandt haben, so ersuchen wir die Vorstände, möglichst die Vertrauensmänner anzusprechen, daß sie das Einsammeln der Stimmzettel beschleunigen. Die Urabstimmung ist eine Disziplinprobe; hoffen wir, daß sich an derselben alle Zahlstellen mit allen Mitgliedern beteiligen, um so zu zeigen, daß Organisation und Disziplin in unsern Reihen herrscht. R. Wiegler.

Der Zug nach Hof, Kassel, Schwechingen, Nordeck, Gießen, Pforzheim ist fern zu halten, weil die Kollegen in eine Bewegung zur Besserung ihrer Lebenslage eingetreten sind.

## Quittung.

Durch E. Zahn von den Kollegen in Gera gesammelt 14 Mk. 2,90 Mk. von den Kollegen der Brauerei Lorenz, Weisenfels, erhalten. C. Berndt, Dessau.

Durch den Kollegen K. W., Berlin 14 Mk. zur Agitation empfangen mit dem Motto: „Weil wir den 1. Mai nicht feiern dürfen.“ R. Wiegler.

Freiwillige Beiträge: Drei Kollegen in Bernkastel 3 Mk.; Kollegen in Antwerpen 6,45 Mk.

## Briefkasten.

D. Lang, Hanau, 6,70 Mk. für Inserate empfangen. Gruß. G. L., Nürnberg. Du fragst nach unseren Bundesgeleuten? Diese sind auf dem Aussterbeort. Am Sonntag waren mit den 6 Sildesheimer Blauen 7 ganze Mann in ihrer Generalversammlung. Kürzlich feierte einer auf der Städtischen Brauerei Abends seinen Geburtstag. Zum Schluß wälzten sich die Teilnehmer zum Theil auf der Erde herum (ob aus Suss oder aus Kollegialität, wollen wir nicht erörtern) und bearbeiteten sich mit Gläsern u. s. w.; wie überhaupt so eine lustige Keilerei nach dem Wälzler „Japsenfechten“ oder sonstigen Belustigungen üblich geworden zu sein scheint. Die selbstlosen Hörner in Berlin haben zu früh triumphirt. Die anständigen Kollegen haben dem Bunde den Rücken gekehrt und sind zum Theil in den Verband eingetreten. Besten Gruß. J. S., Freising. Inserat kostet 1,40 Mk. Besten Gruß.

**J. F., Mülheim a. Rh.** Inserat kostet 90 Pf. Besten Gruß.  
**Leipzig.** Hier gehen die Zeitungen bestimmt regelmäßig jeden Freitag ab. Mir ist es vorerst unbegreiflich, daß die Zeitung nicht regelmäßig erhalten sollte. Werde darauf achten, daß der Fehler gehoben wird. Besten Gruß.  
**M. S., Bln.** In diesem Jahre ist ein Verbandstag nicht. Im nächsten Jahre werden wir Reichstagswahl haben u. s. w., da wird aus der Beschäftigung erst recht nichts werden. Will man den Postener Kongress des Amerik. Verbandes beschicken, so halten wir dieses Jahr für geeigneter, als das nächste Jahr. Besten Gruß.  
**M. A., Düsseldorf.** Inserat kostet 90 Pf. Besten Gruß.  
**J. H., Balingen.** Das ist das erste Mal nicht, daß solche Käseblättchen das Blau vom Himmel herunter fügen. In Hamburg sind die Brauer nicht einmal herangeraten an die Brauereien und haben um die Freigabe des 1. Mai erfuht, in der Voraussetzung, doch nicht frei zu erhalten. Ausgespart ist deshalb auch kein Brauer, weil von der Arbeit keiner weggeblieben. Daß sämtliche Brauer auf 8 Tage ausgespart seien und die Freude, die ein „Blauer“ darüber empfunden, damit ist's also nichts. Besten Gruß.

## Versammlungs-Kalender zc.

**Berlin.**  
Sonntag, den 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr: Monatsversammlung bei Stabernad, Inselstraße 10. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wegl über: „Die Ungezogenheiten und ihre Bedeutung für die Bekämpfung der Tuberkulose“. 2. Die Urabstimmung und Abnahme der Stimmzettel. 3. Abrechnung vom letzten Maskenball. 4. Zweite Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. — Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß das Referat pünktlich beginnt, da der Referent später wieder fort muß. — Die Kollegen werden ersucht, sich so bald wie möglich mit Urania-Billets zu versehen. — Urabstimmungszettel werden ebenfalls in der Versammlung an diejenigen Personen ausgeben, welche noch keine besitzen.

**Frankfurt a. M.**  
Freitag, den 21. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr: Vorstand- und Vertrauensmännerkunft bei Kollege Staudenmeyer Buchgasse 14. — Die Vereins-Bibliothek befindet sich Allerheiligenstraße 76 im Lokale des Kollegen Wittich. Bücher können zu jeder Zeit in Empfang genommen oder umgetauscht werden.

**Freising.**  
Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat statt.

**Mülheim a. Rh.**  
Sonntag, den 16. Mai, Nachmittags 2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kann in Mülheim die Zahlstelle bestehen bleiben oder schließen wir uns der Zahlstelle Köln an? 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet; die Mitglieder werden freundlichst ersucht, zahlreich zu erscheinen.

**Mülheim a. Ruhr.**  
Sonntag, den 16. Mai, Nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Winkermann, Dohne 11. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Urwahlzettel sind mitzubringen.

**Zwickau.**  
Die Kollegen von Zwickau, Gainsdorf und Eckersbach werden hierdurch dringend ersucht, sich am Sonnabend, den 15. Mai, Abends 8 Uhr zu einer gemeinsamen Besprechung im Konsumvereins-Restaurant in Scheideitz einzufinden. Es handelt sich um wichtige Angelegenheiten. Ferner werden die Mitglieder aufgefordert, ihre Beiträge zu entrichten (dies gilt namentlich den Kollegen der Zwickauer Vereinsbrauerei), im andern Falle werden unanlässlich die statutarischen Bestimmungen in Anwendung gebracht. — Die Stimmzettel zur Urabstimmung sind bis 18. Mai d. J. von Greiz, Reichenbach, Mofel, Eckersbach, Kirchberg, Budersdorf an den Vertrauensmann abzuliefern.

## Inserate.

### Dankagung.

Den Arbeitsgenossen der Stadt Lagerbier-Brauerei meinen herzlichsten Dank für die mir erwiesenen Aufmerksamkeit anlässlich meiner Hochzeitsfeier.

Hannover. Mart. Lange.

### Uelieb verspätet.

Unser treues Verbandsmitglied Martin Ansbacher hat sich am 8. Mai in das Joch des Ehestandes begeben. Wir wünschen ihm und seiner lieben Frau Käthe nachträglich noch aufrichtig Glück und Segen. Möge er uns auch in Zukunft ein treues Mitglied bleiben, und dann wird sich auch die Brauthe bald überzeugen, daß wir Katherin doch eigentlich keine „wilden Menschen“ sind!

Die Verbandskollegen der Deutschen Brauerei, Nürnberg.

Sie mit allen Maschinen verträglich Maschinist sucht, gepfligt auf prima Zeugnisse, Stellung, am liebsten in einer Brauerei oder einem Dampfagewerk. Briefe unter S. L. 4350 befordert die Expedition dieser Ztg.

Wo befindet sich der Kollege Wendelin Weber, zuletzt in der Brauerei Rothmann, Rheindt bei R.-Glabach? Um Auskunft bittet Kollege Johann Friedlein, Brauerei Barth, Schöenberg bei Kalk (Köln).

Wo befinden sich der Brauer Hermann Springer und der Brauer van der Velden? Um die Adressen bittet Robert Apelt, Schwabenbräu, Düsseldorf-Derendorf.

Unserem werthen Kollegen Ph. Scheuerl und seiner lieben Frau Helene die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Lieber Philipp und Helene, Verheiratet seid Ihr jetzt, nun schaut, daß Ihr in kurzer Zeit

Viele Junge kriegt in's Nest.

Drückt Dich der Arbeit harte Plag' In Deinem Ehestand, So halt' doch hoch den Achtstundentag,

Sowie auch den Verband. Die Verbandskollegen von Freising.

## Eine Brauerei

mit vorzüglicher Gastwirthschaft und Landwirthschaft (A. Zt. ca. 250 Scheffel), Felder und Wiesen und etwas Wald, sowie sämmtlichem lebenden und todtm Inventar, vorzüglichem Wasser und schönen Kellereien soll in Folge Todesfall verkauft werden. — Preis 150.000 Mk., 1/2 Anzahlung. Da genügend Räumlichkeiten vorhanden, so läßt sich der eine oder andere Betrieb leicht verpacken. Nähere Auskunft an Selbstläufer durch

Curt Möscher, Löbau i. S.

Quittungsmarken Rabattmarken Kautschukstempel sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Zeitdruck. Liefert sauber und preiswerth. Konrad Müller, Schützen-Leipzig. Anfertigung Preislisten gratis!

Bitte ausnahmslos!

Wo befinden sich der Küfer Stephan Schmidt und der Brauer Laux? Beide voriges Jahr bei van der Höfel, Brüssel, in Arbeit. Um die Adressen bittet dringend

Robert, „Brauerei zur Sonne“, Mainz.

## Joh. Schmidt

Nürnberg, Maxplatz 33. Empfehle den Kollegen meine Spezialitäten von im Hause angefertigten prima Arbeits-Senden, sowie alle Sorten in Normal-Artikeln und Sportsenden, Unterhosen, Socken u. s. w. — Werde mich bei eventuellen Aufträgen bemühen, die Kollegen in jeder Weise zufrieden zu stellen.

Scherm's Reise-Handbuch für wandernde Radfahrer! Zweite Auflage. Neber 2000 Reisetouren. Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungskarten. Gebunden Mk. 1,50. — Zu bez. durch J. Scherm, Nürnberg, u. alle Buchhdl. u. Kolportage.

Georg Gehrig, Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schnlfstr. 12, liefert die besten nur handgestrickten Schafwoll-Socken nebst prima Leibwäsche.

Wohlthätig für die Gesundheit! ist ein Zimmer-Dampfbad. Meine bekannte, glänzend bewährte Dampfbadvorrichtung (nach Harrer Kneipp's Leibstuhldampf mit Heilkräutern) ermöglicht sofort für wenige Pfennige (m. 1/2 Liter Spiritus) im eigenen Zimmer ohne alle fremde Hilfe ein Dampfbad von 1/2 bis 3/4 stündiger Dauer mit oder ohne Heilkräuter. Alles Zubehör, auch Schwitzstuhl, wird mangellos geliefert. Prospekte gratis. Preis nur 22 Mark! Alleiniger Fabrikant: G. Chemin-Petit Nachfolger in Dresden-Neustadt.

Unserem treuen Verbandsmitglied Josef Hausladen u. seiner lieben Braut Pauline zu der am 18. Mai stattfindenden Hochzeitfeier die aufrichtigsten Glück- u. Segenswünsche.

Die Kollegen der Augustiner-Brauerei, München.

## Joh. Dohm

Spezialgeschäft f. Bierbrauer, Kiel, Winterbeckerstr. 12, empfiehlt in bekannter Güte: gute, dauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wollene Westen, Arbeitsjacken, Seiden- und Tuchmägen, Holzschuhe, Hütchen, Mägen, Pantoffeln, große Koffer, Handkoffer, Bierträge u. s. w. Preisverantw. gratis.

## Brauer- und Mälzer-Mützen

sowie Hüte in sämmtlichen Neuheiten der Saison empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

 <b>Jockey-Mütze</b> in allen Farben, von 1—1,75 Mk.	 <b>Klapp-Mütze</b> , Stoffmügen von 1 bis 2 Mk., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 Mk., Ripsefelde 2,50—3 Mk.
 <b>Strand-Mütze</b> in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 Mk.	 <b>Steife Brauer-Mütze</b> in Tuch, blau und grün, von 1,75 bis 2 Mk.

Dresden, Carl Fiedler, Dresden, Schäferstraße 53.

## C. R. Wittber Chemnitz

28 Müllerstr. 28.

Fabrikant der altbekanntesten Chemnitzer Holzschuhe, desgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Mälzer-Pantoffeln.



## Thüringer Wurstfabrik von F. W. Lindner, Eisenberg i. Thür., empfiehlt:

Prima Cervelatwurst	per 1/2 Kilo	1,20 Mk.
„ Salami	„	1,20
„ Roth- und Leberwurst	„	0,75
„ Sülze, roth und weiss	„	0,50
„ Thür. Knackwürstchen	„ Dugend	1,10

Unter streng gesetzlicher Fleisch- und Erziehungshau.